

**Niederschrift
der 18. Sitzung des Hauptausschusses der Gemeinde Am Mellensee vom 04.10.2021
in der Sporthalle Mellensee, Hauptstraße 21, 15838 Am Mellensee**

öffentlicher Teil

Beginn: 19:00 Uhr bis 19:54 Uhr

Teilnehmer: **Zweite stellvertretende Bürgermeisterin**
U. Gast

Fraktion CDU
A. Thiele

Fraktion DIE LINKE
J. Kruppa

Fraktion SPD
B. Daske

Fraktion UWG
W. Borkowski
T. Boss
M. Tscherwinka

Entschuldigt: F. Broshog Bürgermeister
U. Wildenhein CDU

Verwaltung: T. Reetz Teamleiter Bauverwaltung
S. Zehler Schriftführer

**Anw. Mitglieder der
Gemeindevertretung:** D. Pehnert UWG

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

01. Eröffnung der Sitzung
02. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit
03. Änderungsanträge zur Tagesordnung
04. Einwendungen zur Niederschrift der 17. Sitzung - öffentlicher Teil -
05. Einwohnerfragestunde
06. Diskussion zur 1. Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Am Mellensee
07. BSV 54/18/2021 - Beschluss der Vergabe GAM-2021-KR-001 –
Los 1: Rohbauarbeiten, Neubau Kita-Erweiterung Rehagen
08. BSV 55/18/2021 - Beschluss der Vergabe GAM-2021-KR-002 –
Los 2: Zimmerarbeiten, Neubau Kita-Erweiterung Rehagen
09. BSV 56/18/2021 - Beschluss der Vergabe GAM-2021-KR-003 –
Los 3: Dachdecker-/Dachklempnerarbeiten, Neubau Kita-Erweiterung Rehagen – TOP
wird entfernt
10. BSV 57/18/2021 - Beschluss der Vergabe GAM-2020-01-007 – Heizungsanlage / Sani-
täranlage / RLR- Anlage, Mehrfunktionshaus Strandbad Mellensee
11. Informationen und Anfragen

Zu 1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Tscherwinka, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Zu 2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr Tscherwinka stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 7 Mitglieder anwesend.

Zu 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung

Der Teamleiter der Bauverwaltung nimmt den Tagesordnungspunkt 09 „BSV 56/18/2021 - Beschluss der Vergabe GAM-2021-KR-003 - Los 3: Dachdecker-/Dachklempnerarbeiten, Neubau Kita-Erweiterung Rehagen“ von der Tagesordnung, da bei der Vergabe ein fehlerhaftes Leistungsverzeichnis vorlag. Aus diesem Grund muss die Ausschreibung aufgehoben und eine neue Ausschreibung durchgeführt werden. Zum besseren Verständnis der anwesenden Mitglieder des Hauptausschusses erläutert er kurz die inhaltlichen Fehler des Leistungsverzeichnisses und erklärt, dass die Rohbauarbeiten für die Kita Rehagen bis zum Ende dieses Jahres fertiggestellt werden.

Zu 4. Einwendungen zur Niederschrift der 17. Sitzung - öffentlicher Teil -

Es liegen keine Einwendungen zur Niederschrift vor.

Zu 5. Einwohnerfragestunde

Das anwesende Mitglied der Gemeindevertretung erklärt, dass die Förderrichtlinie für die Kita-Erweiterung bis zum 30.06.2022 befristet ist und möchte in diesem Zusammenhang wissen, ob die Förderung evtl. verlängert wird bzw. ob man denn bei den Baumaßnahmen noch im Zeitplan liege.

Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass ihm von der ILB keine neuen Informationen bzgl. der Förderrichtlinie vorliegen. Es könne jedoch möglich sein, dass die Förderrichtlinie aufgrund der erschwerten Pandemiebedingungen nochmal verlängert werde. Unabhängig davon liege man bei der Baumaßnahme aktuell im Zeitplan, so dass die Kita-Erweiterung bis zum 30.06.2022 abgeschlossen sein und es bzgl. der Fördermittel keine Schwierigkeiten geben sollte.

Zu 6. Diskussion zur 1. Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde Am Mellensee

Der Vorsitzende des Hauptausschusses erklärt hierzu, dass aufgrund des gefassten Beschlusses in der Sitzung der Gemeindevertretung der §5 Kinder- und Jugendbeauftragte angepasst wurde. Bei diesem Ehrenamt handelt es sich nun um ein Gremium bestehend aus maximal drei Mitgliedern. Des Weiteren wurde der § 6 Seniorenbeirat noch einmal aufgrund von vorliegenden Einwendungen bzgl. der Mitglieder des Seniorenbeirates überarbeitet. Die Änderungen kann man den vorbereiteten Anlagen entnehmen.

Da alle Mitglieder des Hauptausschusses mit der Änderung einverstanden sind, wird die Verwaltung gebeten, die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung zur nächsten Gemeindevertretung vorzubereiten.

**Zu 7. BSV 54/18/2021 - Beschluss der Vergabe GAM-2021-KR-001 – Los 1:
Rohbauarbeiten, Neubau Kita-Erweiterung Rehagen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde eine Tischvorlage durch die Bauverwaltung vorbereitet. Der Vorsitzende des Hauptausschusses fragt bzgl. der vorgelegten Beschlussvorlage nach, ob der angegebene Abschreibungszeitraum von 80 Jahren so korrekt ist.

Die zweite stellvertretende Bürgermeisterin bestätigt, dass dies so korrekt sei.

Das Mitglied der Fraktion DIE LINKE fragt nach, warum die bzgl. der Vergabe Unterlagen von einem Architekturbüro erstellt wurden.

Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt dazu, dass das Planungsbüro vollständig für die Ausschreibungen verantwortlich ist, da den Angestellten der Bauverwaltung die Fachkenntnis fehlt. Der Planer hat demzufolge die Ausschreibung durchgeführt und einen Vergabevorschlag unterbreitet.

Anhand der vorliegenden Gegenüberstellung der Angebote kann man teilweise erhebliche Preisunterschiede erkennen. Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt dazu, dass evtl. einige Unternehmen aufgrund der schweren Pandemiebedingungen in den vergangenen Monaten unbedingt neue Aufträge benötigen und deshalb möglicherweise auf einen Teil ihres Gewinnes verzichten.

Da es keine weiteren Fragen zu dieser Beschlussvorlage gibt, verliert der Vorsitzende des Hauptausschusses die ergänzte Beschlussvorlage und bittet die Mitglieder um Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 86/18/2021

Der Hauptausschuss beschließt die Vergabe der Rohbauarbeiten für die Maßnahme Neubau Kita-Erweiterung Rehagen an die Firma:

HTS Hoch-, Tief- und Stahlbetonbau GmbH
Calauer Straße 2
03222 Lübbenau / OT Boblitz

Abstimmungsverhältnis:

7 Ja-Stimmen	
0 Nein-Stimmen	
0 Enthaltungen	angenommen

**Zu 8. BSV 55/18/2021 - Beschluss der Vergabe GAM-2021-KR-002 – Los 2:
Zimmerarbeiten, Neubau Kita-Erweiterung Rehagen**

Auch hier liegt die Empfehlung des Architekturbüros als Tischvorlage vor. Die eingereichten Angebote sind hier nach dem gleichen System ausgewertet worden. Man kann erkennen, dass es hier keine so großen Preisunterschiede gibt.

Da es keine weiteren Fragen, bittet der Vorsitzende um Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 87/18/2021

Der Hauptausschuss beschließt die Vergabe der Zimmererarbeiten für die Maßnahme Neubau Kita-Erweiterung Rehagen an die Firma:

TMT-Holzbau
Walddrehna Poststraße 17
15926 Heideblick

Abstimmungsverhältnis:

7 Ja-Stimmen	
0 Nein-Stimmen	
0 Enthaltungen	angenommen

**Zu 9. BSV 56/18/2021 - Beschluss der Vergabe GAM-2021-KR-003 – Los 3:
Dachdecker-/Dachklempnerarbeiten, Neubau Kita-Erweiterung Rehagen – TOP wurde
entfernt**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde durch die Verwaltung entfernt.

**Zu 10. BSV 57/18/2021 - Beschluss der Vergabe GAM-2020-01-007 –
Heizungsanlage / Sanitäranlage / RLR- Anlage, Mehrfunktionshaus Strandbad Mellensee**

Auch hier liegt die Auswertung der eingereichten Angebote von den drei Bietern als Tischvorlage vor. Anhand der Angebote kann man leichte Preisunterschiede feststellen.

Der Teamleiter der Bauverwaltung geht hier kurz auf die Besonderheit bzgl. der getätigten Ausschreibung ein. Da eine öffentliche Ausschreibung der Vergabe erfolglos, d.h. ohne Angebote blieb, wurde die Leistung anschließend als beschränkte Ausschreibung erneut ausgeschrieben. Man habe bei den Firmen, welche sich die Vergabeunterlagen bei der öffentlichen Ausschreibung runtergeladen aber kein Angebot abgegeben haben, nachgefragt, woran es gescheitert ist. Es lag größtenteils an der zu kurzen Frist bzw. an den unzureichenden bzw. fehlenden Angeboten von der Industrie. Im Zuge der beschränkten Ausschreibung habe man diese Firmen nochmal eingeladen, jedoch wieder kein Angebot erhalten, so dass man letztendlich eine Freihändige Vergabe durchgeführt hat. In diesem Zusammenhang wurden alle bisher beteiligten Firmen sowie weitere Firmen direkt angeschrieben und um ein Angebot gebeten. Die Fördermittelstelle hat auf Anfrage bereits schriftlich bestätigt, dass aufgrund dieser genannten Situation die Leistung mittels einer Freihändigen Vergabe als besondere Vergabeart vergeben werden darf, so dass es da keine Schwierigkeiten gibt.

Das Mitglied der Fraktion DIE LINKE stellt fest, dass Ihr zu diesem Tagesordnungspunkt andere Sitzungsunterlagen vorliegen. Aufgrund einer mangelhaften Zuarbeit der Bauverwaltung sind vom Sitzungsdienst zunächst fehlerhafte Einladungen sowie Unterlagen verschickt bzw. ins Ratsinformationssystem hochgeladen worden. Diese wurden nachträglich mit Unterstützung der Kollegen aus der Verwaltung ausgewechselt, damit der Fehler schnellstmöglich geheilt wird.

Da keine weiteren Fragen vorliegen, bittet der Vorsitzende des Hauptausschusses auch hier zur Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 88/18/2021

Der Hauptausschuss beschließt die Vergabe der Leistung Heizungsanlage / Sanitäranlage / RLR-Anlage für die Maßnahme Mehrfunktionshaus Strandbad Mellensee an die Firma:

Uwe Krüger Heizungs- & Lüftungsbau
Birnbbaumsmühle 66
15234 Frankfurt Oder

Abstimmungsverhältnis:

7 Ja-Stimmen	
0 Nein-Stimmen	
0 Enthaltungen	angenommen

Zu 11. Informationen und Anfragen

Das Mitglied der Fraktion DIE LINKE fragt nach dem aktuellen Sachstand bzgl. der Verpachtung des Strandbades Mellensee und möchte zusätzlich wissen, warum der ursprünglich geplante Gaststättenbetrieb bzw. die Zimmervermietung nicht mehr möglich sein werden.

Dadurch sei eine Refinanzierung des Eigenanteils innerhalb von sieben Jahren nicht mehr umsetzbar.

Der Teamleiter der Bauverwaltung verweist in diesem Zusammenhang an den Bürgermeister, da ihm dazu keine Informationen vorliegen. Bzgl. der Verpachtung erklärt er, dass die erste getätigte Ausschreibung keine geeigneten Interessenten mit der entsprechenden Voraussetzung geliefert hat. Aus diesem Grund sollte die Verpachtung des Strandbades Mellensee in Kooperation mit Kühne Immobilien erneut ausgeschrieben werden. Man warte jedoch noch aktuell auf deren Zuarbeit, damit man es auf der Homepage veröffentlichen könne.

Bzgl. des Gaststättenbetriebs sowie des geplanten Fremdenzimmers erklärt der Teamleiter der Bauverwaltung, dass der damalige Pächter eine Baugenehmigung inkl. Gästehaus erwirkt hatte, deren Frist jedoch am Ablaufen war. Da der Pächter die Maßnahme über sein Fördermittelprogramm Tourismus nicht umsetzen konnte, wurde sein Vertrag gekündigt und die Gemeinde hat das Bauvorhaben anschließend übernommen. In diesem Zusammenhang wurde das Gebäude durch eine Änderung der Bauanzeige auf die aktuellen Richtlinien des Förderprogramms für ein Multifunktionsgebäude angepasst bzw. umgeschrieben. Da dieses Fördermittelprogramm eine Förderung von Gastronomie sowie eine Zimmervermietung für den Tourismus nicht vorsieht, wurde der geplante Gastraum unten verkleinert und dafür der Sanitär- sowie Umkleidebereich vergrößert. Des Weiteren wurde das Fremdenzimmer im oberen Bereich als Dienstzimmer für den Betreiber des Gebäudes deklariert. Demzufolge wird nun das gesamte Gebäude zu 75% gefördert. Es wurde von Anfang an gesagt, dass die ursprüngliche Planung mit der Gastronomie nicht mehr umsetzbar war und demzufolge eine Umplanung erfolgen musste.

Das Mitglied der Fraktion DIE LINKE erklärt, dass bzgl. dieser Änderung keine Informationen in den Protokollen zu finden sind. Sie bezweifelt, dass unter den neuen Umständen die eigenfinanzierten Kosten in absehbarer Zeit über die Einnahmen eingespielt werden können. Aufgrund der fehlenden Gastronomie könne man keine hohe Pacht vereinbaren.

Der Teamleiter der Bauverwaltung ergänzt, dass trotzdem noch ein kleiner Gastraum inkl. funktionaler Küche, welche ebenfalls bei der Förderung angerechnet wird, vorhanden und demzufolge eine Gastronomie möglich ist. Lediglich die Möbel im Gastronomiebereich müssen aus eigenen Finanzmitteln angeschafft werden.

Ein Mitglied der Fraktion UWG fragt nach dem Fördermittelantrag zum geplanten Radweg Saalower Allee.

Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass der geänderte Antrag noch in der laufenden Woche erneut bei der Fördermittelstelle eingereicht werde. In diesem Zusammenhang werden nochmal zwei modifizierte Beschlussvorlagen für die nächste Sitzung der Gemeindevertretung vorbereitet, da es sich zum einen nun um einen kombinierten Geh- und Radweg handelt und dadurch die Kosten für die Baumaßnahme auf ca. 200 Tsd. Euro gestiegen sind. Zum anderen soll der gefasste Beschluss bzgl. der Befreiung der Anlieger von der Beitragspflicht dementsprechend angepasst und neu beschlossen werden. Der Antrag werde jedoch noch vor den geänderten Beschlüssen eingereicht. Ob noch ausreichend Fördermittel aus dem Förderprogramm zur Verfügung stehen, entzieht sich seiner Kenntnis, da er dazu vorab keine Auskunft erhalte. Des Weiteren ergänzt er, dass nur Radwege gefördert werden, welche entweder außerhalb in den entsprechenden Radwegkonzepten des Landkreises (gilt bei Kreisstraßen) bzw. auf dem Bedarfsplan des Landes (gilt bei Landesstraßen) sind oder Radwege bzw. Geh- und Radwege innerorts, die in der gemeindlichen Baulast sind. Innerorts liegt die Baulast beim Straßenbetreiber. Bei einer Landesstraße liegt die Baulast jedoch beim Land. Wenn der innerörtliche Radweg, wie in diesem Fall, nicht im Bedarfsplan des Landes drinsteht, wird dieser nicht gefördert, es sei denn es handelt sich um einen kombinierten Geh- und Radweg, welcher wiederum in der Baulast der Gemeinde liegt und dadurch förderfähig ist. Die Bedingungen dieses Förderprogramms sind sehr schwer zu verstehen.

Das Mitglied der Fraktion DIE LINKE erkundigt sich nach dem Sachstand bzgl. der Bewerbungen von Ärzten bzw. der kassenärztlichen Vereinigung in Bezug auf Arztpraxis auf dem Seegrundstück. Sie möchte wissen, ob die Zulassung des Ärztehauses in Baruth evtl. Auswirkungen auf die Ärztezulassung in unserer Gemeinde habe, da die Gemeinde bzgl. der Zuweisung sich im selben Pool mit Baruth befindet.

Ein Mitglied der Fraktion UWG stellt den Antrag, dass der anwesende Gemeindevertreter Herr Pehnert das Rederecht erhält.

Beschluss-Nr.: 89/18/2021

Der Hauptausschuss der Gemeinde Am Mellensee beschließt das Rederecht für den Gemeindevertreter Herrn Pehnert.

Abstimmungsverhältnis:

7 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

angenommen

Laut Aussage der kassenärztlichen Vereinigung stehen für das Gebiet Rangsdorf, Zossen, Gemeinde Am Mellensee und Baruth aktuell noch acht freie Hausarztplätze zur Verfügung. Die zugelassenen Ärzte in Baruth wurden jedoch mit angerechnet. Für jede Facharztrichtung gibt es andere Zuteilungsschlüssel in Abhängigkeit von der Einwohnerzahl sowie der Gebietsgröße. Für Hausärzte stehen demnach noch Plätze zur Verfügung aber nicht für alle bestimmte Fachärzte wie z.B. Kinderärzte oder Kardiologen, da es zu wenig Einwohner sind.

Das Mitglied der Fraktion DIE LINKE spricht als nächstes Thema die Öffnung des Rathauses für die Bürger während der Pandemie an. Es sollte auch ohne vorherige Terminvereinbarung möglich sein in das Rathaus zu gelangen, um wichtige Angelegenheiten, wie z.B. eine Ummeldung nach einem Umzug kurzfristig zu erledigen. Es habe nichts mehr mit Bürgernähe zu tun. Die älteren Bürger brauchen einen persönlichen Ansprechpartner vor Ort. Auch die aktuelle telefonische Erreichbarkeit der Verwaltungsmitarbeiter lasse oft zu wünschen übrig. Viele Bürgeranfragen ließen sich evtl. auch telefonisch klären.

Die zweite stellvertretende Bürgermeisterin erklärt, dass die Mitarbeiterin mit der bisherigen Terminvergabe zufrieden sei und dies so bleiben solle. Wichtige Bürgerangelegenheiten werden dennoch oft dazwischengeschoben und sofort geklärt. Man werde das Thema nochmal in der Verwaltung besprechen und einen Kompromiss finden, mit dem alle zufrieden sind. Man könne sich vorstellen die Verwaltung nur an bestimmten Wochentagen für die Bürger zu öffnen.

Des Weiteren bittet das Mitglied der Fraktion DIE LINKE die Art der öffentlichen Bekanntmachung zu überdenken. Aktuell werden z.B. Beschlüsse sowie Satzungen laut Hauptsatzung über das monatlich erscheinende Amtsblatt bekannt gemacht. Evtl. könne man hierfür auch die vorhandenen Bekanntmachungskästen nutzen. Dies solle ebenfalls in der Verwaltung besprochen werden.

Das Mitglieder der Fraktion DIE LINKE informiert weiterhin darüber, dass der DRK die Zusammenarbeit mit dem Haus der Generationen aufgekündigt habe. Es gab Unstimmigkeiten bzgl. der Umsetzung der aktuellen Corona Eindämmungsverordnung. Der Senioren-Club konnte nicht mehr stattfinden, da demnach das Haus der Generationen zu wenig Platz für die Mitglieder des Senioren-Clubs bietet und deshalb die Abstandsregeln nicht eingehalten werden können. Man möge hier eine Lösung finden, wie man den Senioren-Club erhalten könne.

Der Vorsitzende des Hauptausschusses erklärt, dass dies nicht im Ausschuss geklärt werden könne und sich die beiden beteiligten Personen vom DRK sowie Haus der Generationen diesbezüglich nochmal an einen Tisch setzen sollten um die Differenzen beizulegen.

Das Mitglied der Fraktion DIE LINKE stellt einen Antrag auf Aufnahme der nächsten Thematik ins Protokoll.

Es geht um die beantragte Straßenumbenennung von einem Anwohner im Ortsteil Kummersdorf Gut, welcher zugleich der einzige betroffene Anwohner dieser Angelegenheit ist. Der Antrag wurde zuvor im Ortsbeirat sowie Finanzausschuss thematisiert.

Folgende Punkte werden in diesem Zusammenhang von dem Mitglied angesprochen:

- Vortrag im Ortsbeirat, Stellungnahme: „Die Begründung dafür ist uns nachvollziehbar, da sein Haupteingang zum Grundstück nicht am Feldweg liegt, sondern in Richtung Denkmal, ehemalige Bezeichnung „Dorf Freiheit“.
- Laut Katastereintrag gehört die besagte Straße zur Feldgasse, somit ist die postalische Erreichbarkeit gegeben.
- Im Finanzausschuss wurde besprochen, dass, wenn es einen Vertrag gibt, dass vom Einwohner die entstehenden Kosten für die Straßenschilder selbst übernimmt, der Gemeinde dadurch keine Nachteile entstehen und folglich dem Antrag Zustimmung zu geben sei. Der Hinweis, dass eine solche Umbenennung durchaus weitere Auswirkungen hat und der Antrag auf Verweisung in den Hauptausschuss wurde abgelehnt. Der Hauptausschuss als koordinierender Ausschuss kann sich des Themas aber annehmen.
- Folgende Umstände, Fakten sollten hier geprüft werden:
 - Die Straßenumbenennung ist nicht von allgemein-öffentlichen oder speziell gemeindlichem Interesse, sondern ein alleiniger Einzelantrag
 - Es entsteht ein relativ hoher Verwaltungsaufwand, da eine Umbenennung beantragt, ins Kataster eingetragen, bei Polizei und Notdiensten gemeldet etc. werden muss, um Sicherheit und Ordnung, für die die Gemeinde die Zuständigkeit hat, zu gewährleisten.
 - Die Gemeinde hat eine Reihe von kleinen Stichstraßen oder Kleinststraßenstücken. Die Gemeinde würde sich angesichts des Gleichbehandlungsgrundsatzes verpflichten, hier im Falle von Anliegeranträgen vergleichbar zu handeln.
 - Die Verwaltungsgebührensatzung der Gemeinde Am Mellensee bietet die Erhebung eines Aufwandsausgleiches für die Straßenumbenennung meines Dafürhaltens keine Grundlage, somit müssen die in der letzten Zeit so oft herangezogenen Steuergelder für die Bedürfniserfüllung einer Person ohne öffentliches Interesse eingesetzt werden.
 - Zum Thema Politikum: Der Name „Dorf Freiheit“ ist in der vorgelegten Genehmigung aus dem Jahr 1890 erwähnt. Diese Wortzusammensetzung hatte im 19. Jahrhundert jedoch semantisch eine vollkommen andere Bedeutung als heute. Zudem stand damals nicht unmittelbar davor ein Kriegerdenkmal. Da an die Straße nur ein einziger Hof angrenzt liegt die Wahrscheinlichkeit, dass hier eine unerwünschte Interpretation von Hof, Name und Denkmal entsteht, relativ hoch.

Aufgrund der vorangegangenen Argumente bzw. Einwände bitte sie die Mitglieder des Hauptausschusses, den Antrag auf Rückbenennung „Dorf Freiheit“ nicht zu befürworten.

Es findet eine kurze Diskussion zwischen den Mitgliedern des Hauptausschusses über dieses Thema statt. Letztendlich werde dieser Antrag zur Abstimmung in die Sitzung der Gemeindevertretung kommen. Man werde hierzu noch die Empfehlung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses abwarten. Die Verwaltung möge diesen Sachverhalt auch nochmal intern prüfen.

Der Vorsitzende des Hauptausschusses schließt damit den öffentlichen Teil der Sitzung und bedankt sich bei den anwesenden Gästen sowie den Mitarbeiter der Verwaltung.

Am Mellensee, den 19.10.201

M. Tscherwinka
Vors. des Hauptausschusses